



Erklärung

Kulturpolitische Gesellschaft warnt:

Massive Kürzungen bedrohen das Programm »Soziale Stadt«

Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft hat anlässlich seiner Sitzung am 12. November vor massiven Kürzungen der Bundesregierung im Programm »Soziale Stadt« gewarnt und gibt dazu folgende Erklärung ab:

Diese »Sparmaßnahme« des Bundes, die Kürzungen in den Haushalten der Länder und Kommunen und komplementärer Mittel der EU-Fördermittel zur Folge hat, widerspricht der ökonomischen Vernunft und trifft vor allem dort, wo Deutschland am ärmsten ist: die Städte, insbesondere die sozial benachteiligten Stadtviertel und Quartiere. Gerade diese Städte und Gemeinden aufzufordern, die wegfallenden Bundesmittel auszugleichen, wie vom federführenden Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geschehen, ist angesichts der finanziellen Notlage dieser Kommunen abwegig.

Wir erinnern daran, dass das Programm »Soziale Stadt« im Jahr 1999 auf der Grundlage eines breiten politischen und gesellschaftlichen Konsenses aufgelegt worden ist, um sozial benachteiligten Stadtteilen eine Chance zu geben, sich aus der Situation sozialer Segregation zwischen Arm und Reich zu befreien und nicht in die Chancenlosigkeit abgedrängt zu werden. Es ist fatal, diesen Konsens durch die empfindliche Kürzung der Bundesmittel einseitig aufzukündigen. Vielmehr muss es darum gehen, das exzellente Programm zu stärken, um die Menschen und Akteure in den prekären Stadtteilen zu ermutigen, sich weiter für ihr Lebensumfeld einzusetzen. Stattdessen drohen jetzt gerade dort massive Schäden für die stadtteil- und quartiersbezogene Kulturarbeit, wo sie am nötigsten und am wirkungsvollsten sind. Viele Projekte der kulturellen Bildung, der integrativen Diversity-Kulturarbeit und der kleinen Kultur- und Kreativwirtschaftsprojekte, die bislang aus den Mitteln der »Sozialen Stadt« finanziert wurden, werden nicht mehr stattfinden können.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Kürzung des Programms »Soziale Stadt« zurückzunehmen und nicht durch die vermeintliche »Einsparung« einer geringen – wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden – Summe insbesondere dort großen Schaden anzurichten, wo gesellschaftliche Chancengleichheit und kulturelle Teilhabe sowieso gefährdet sind. Dies widerspricht dem Grundsatz demokratischer Kultur.

Berlin/Bonn, 12. November 2010

Der Vorstand

Prof. Dr. Oliver Scheytt

– Präsident –

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Weberstraße 59a
53113 Bonn
Tel.: 0228/201 67-0
Fax: 0228/201 67 33
post@kupoge.de
www.kupoge.de

Präsident

Prof. Dr. Oliver Scheytt,
Geschäftsführer RUHR.2010 GmbH, Essen

Vizepräsidenten

Tobias J. Knoblich,
Geschäftsführer des Landesverbandes Soziokultur
Sachsen e.V., Dresden

Dr. Iris Magdowski,
Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport der
Landeshauptstadt Potsdam

Schatzmeister

Kurt Eichler,
Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund

Beisitzer

Svetlana Acevic,
Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Stuttgart

Hajo Cornel,
Abteilungsleiter Kultur im Ministerium für
Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes
Brandenburg, Potsdam

Siegmond Ehrmann, MdB,
Sprecher für Kultur und Medien der SPD-
Bundestagsfraktion, Moers/Berlin

Prof. Monika Grütters, MdB,
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und
Medien des Deutschen Bundestages, Berlin

Bernd Hesse,
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V., Kassel

Dagmar von Kathen,
Leiterin des Fachbereiches Kultur der Stadt
Osnabrück

Adil Kaya,
Vorstandsvorsitzender InterForum – Kunst &
Kultur Nürnberg International e.V.

Prof. Dr. Armin Klein,
Professor für Kulturwissenschaft und Kultur-
management, Ludwigsburg

Achim Könneke,
Kulturamtsleiter der Stadt Freiburg im Breisgau

Dr. Dorothea Kolland,
Leiterin des Amtes für Kultur und Bibliotheken,
Berlin-Neukölln

Dietrich Koska,
Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf, Düsseldorf

Eva Leiprand,
Kulturbürgermeisterin a.D., Augsburg

Hans-Joachim Otto, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Berlin

Dr. Dieter Rossmeissl,
Berufsm. Stadtrat, Referent für Kultur, Jugend
und Freizeit der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion NRW, Münster

Jörg Stüdemann,
Kulturdezernent der Stadt Dortmund

Geschäftsführer

Dr. Norbert Sievers
Dr. Bernd Wagner (Stellvertreter)

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Köln
Kto.: 8228900
BLZ: 370 205 00
BIC: BFSWDE33
IBAN: DE18 3702 0500 0008 2289 00